

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

LKW-Maut wird ausgeweitet

Der Bund erhebt die LKW-Maut auf rund 12.800 Kilometern Bundesautobahnen sowie auf rund 2.300 Kilometern autobahnähnlicher Bundesstraßen. Obgleich LKW sämtliche Bundesstraßen befahren und die Verkehrsinfrastruktur damit belasten, ist der Großteil der etwa 40.000 Kilometer Bundesstraßen nicht mautpflichtig.

In erster Lesung haben wir deshalb jetzt die Ausdehnung der LKW-Maut ab Mitte 2018 auf alle Bundesstraßen beraten. So soll die Finanzierung der Bundesfernstraßen verbessert werden, um so eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu gewährleisten. Außerdem zielt der Gesetzentwurf darauf ab, Umgehungsverkehr zu vermeiden.

Bundesteilhabegesetz kommt

Mit der ersten Lesung des Bundesteilhabegesetzes haben wir gestern im Plenum diskutiert, wie die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt und gestärkt werden kann. Dazu planen wir, die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe in das neu gefasste Sozialgesetzbuch (SGB) IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen zu überführen, das damit zu einem Leistungs-gesetz aufgewertet wird. Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden damit künftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert.


Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus auf eine wie ich finde sehr offene und ehrliche Weise über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gesprochen. Sie hat eingeräumt, dass man sich mit dem Wissen von heute noch besser auf die Situation des vergangenen Herbstes hätte vorbereiten können: So hätte man etwa die in der Zwischenzeit vorgenommen Gesetzesverschärfungen vorziehen und die Sicherung der EU-Außengrenzen im Vorfeld der Flüchtlingsströme intensivieren können. Zurecht hat die Bundeskanzlerin aber auch deutlich gemacht, dass wir alles tun, um eine Situation wie im vergangenen Jahr mit der teilweise unkontrollierten Einreise von zahlreichen Flüchtlingen künftig auszuschließen.

Ich bin guter Dinge, dass wir auch die Differenzen mit unserer bayerischen Schwesterpartei in der Flüchtlingspolitik zeitnah ausräumen können. Die Menschen erwarten zurecht, dass wir gemeinsam für unser Land an einem Strang ziehen. Wir brauchen eine geschlossene Union in der Flüchtlingspolitik nicht zuletzt deshalb, weil SPD und Grüne hier leider keine verlässlichen Partner sind. Es ist unverständlich, dass beide im Bundesrat die Verabschiedung des vom Bundestag bereits vor der Sommerpause beschlossenen Gesetzentwurfs, mit dem die Liste sicherer Herkunftsstaaten um Marokko, Algerien und Tunesien erweitert wurde, nach wie vor verhindern.

Neben allen Anstrengungen in der Flüchtlingspolitik müssen wir unsere Energie auch auf die anderen zahlreichen Vorhaben richten, die vor uns liegen: Es geht um vernünftige Lösungen bei den Rentenvorhaben, bei denen wir Fragen der Generationengerechtigkeit und des Äquivalenzprinzips (wer mehr arbeitet, bekommt mehr Rente) in Einklang bringen müssen. Das Bundesteilhabegesetz sollten wir intensiv beraten, um die Auswirkungen für die betroffenen Behinderten im Blick zu haben. Mittwochnacht hat sich der Vermittlungsausschuss auf eine Reform der Erbschaftsteuer geeinigt, die wir nun umsetzen müssen. Bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen werden wir als Bundestagsfraktion künftig besser eingebunden. Schließlich werden wir beim Freihandel, bei den Abkommen mit Kanada und den USA, die Stimme der Vernunft sein und nicht der verlängerte Arm von SPD-Parteikonventen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB



Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 – starkes Signal für die Infrastruktur

Ohne eine funktionstüchtige und gut ausgebaute Infrastruktur, ohne Straßen, Schienen- und Wasserwege, die ein hohes Verkehrsaufkommen bewältigen können, leidet der Produktionsstandort Deutschland. Als Land in der Mitte Europas kommt Deutschland darüber hinaus eine große Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr zu. Lieferketten zwischen Zulieferern und Hauptwerken müssen gut abgestimmt sein und die Transporte reibungslos funktionieren. Viele Menschen in Deutschland sind auf gute Verkehrswege angewiesen, wenn sie zur Arbeit pendeln.

Die unionsgeführte Bundesregierung legt mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan, den wir in der zurückliegende Woche erstmals im Plenum beraten, das stärkste Programm für die Infrastruktur vor, das es je gab. Er sieht Mittel in Höhe von 269,6 Milliarden Euro für Erhalt, Sanierung, Aus- und Neubau vor. 1.000 Baumaßnahmen werden konkret benannt. Dies ist ein klares Zeichen für den Standort Deutschland. Der neue Bundesverkehrswegeplan setzt Schwerpunkte auf die Modernisierung der wichtigen Verkehrsachsen in Deutschland, in die etwa 70 Prozent der Mittel fließen. Aber auch für den Ausbau wichtiger Verbindungen und die Entlastung von Kommunen durch Umgehungsstraßen sind ausreichende Mittel eingeplant. Besonders berücksichtigt wird, dass viele Unternehmen in unserem Land auch in ländlichen Regionen beheimatet sind und von einer guten Verkehrsanbindung abhängen.



© Kurt Michel / pixelio.de

Gemeinsam mit meinen Abgeordnetenkollegen aus der Aachener Region mache ich mich in den anstehenden Beratungen im Verkehrsausschuss des Bundestages insbesondere für Maßnahmen zur Geschwindigkeitserhöhung auf der Schienenverbindung zwischen Aachen und Düren stark. Wir halten es für dringend erforderlich, den Bahnknoten Aachen für die prognostizierten Verkehrszuwächse zu ertüchtigen. Die grenzüberschreitenden Schienenverbindungen via Aachen sind sowohl für den Personen- als auch den Güterverkehr von großer europäischer Bedeutung.

Stark durch berufliche Bildung

Der Übergang von der Bildung in das Berufsleben funktioniert in Deutschland so gut wie in fast keinem anderen Land. Das geht aus dem diesjährigen OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2016“ hervor. Die Erwerbslosenquote in Deutschland liegt in allen Bildungsbereichen unter dem OECD-Durchschnitt: Im Tertiärbereich, in den etwa Hochschulen und Fachakademien fallen, beträgt die Quote der Erwerbslosen nur 2,3 Prozent (OECD-Durchschnitt: 4,9 Prozent).

Auffallend niedrig ist die Erwerbslosenquote mit 4,3 Prozent insbesondere auch für Personen mit mittleren Qualifikationen (Sekundarbereich II). Diese Quote hat sich in den letzten 10 Jahren in Deutschland von 11,0 Prozent in 2005 mehr als halbiert, während sie im OECD-Durchschnitt von 6,3 Prozent auf 7,3 Prozent gestiegen ist. Die positiven Beschäftigungsergebnisse sind eng mit den Stärken des beruflichen Bildungssystems in Deutschland verknüpft. Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der 25- bis 34-Jährigen wählt diesen Weg als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit. Dies ist der zweithöchste Wert im OECD-Vergleich (OECD-Durchschnitt: 26 Prozent).

Impressum:
Ausgabe Nr.: 14/16
23. September 2016

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)